

I. Vorlage

- ☒ zur Beschlussfassung
☐ als Bericht

Gremium

Sitzungsteil

Datum

bisherige Beratungsfolge		Sitzungstermin	Abstimmungsergebnis			
			einst.	mit Mehrheit		Nein-Stimmen
				angen.	abgel.	
1	Beirat für Sozialhilfe, Sozial- und Seniorenangelegenheiten	05.02.2010	x			
2						
3						

Betreff

**(Dringlichkeits-)Antrag der SPD-Stadtratsfraktion vom 05.02.2010;
 Beibehaltung der Arbeitsgemeinschaften (ARGEN)**

Zum Schreiben/Zur Vorlage der Verwaltung vom

Anlagen

-1-

Beschlussvorschlag

Der Stadtrat Fürth begrüßt und unterstützt die nachstehende Resolution der SPD-Stadtratsfraktion:

Der Stadtrat Fürth spricht sich für eine Beibehaltung der Arbeitsgemeinschaften (ARGEN) in der bisherigen Form aus. Das bestehende System soll beibehalten werden. Die Struktur hat sich bewährt, die erfolgreiche Zusammenarbeit zwischen Agentur für Arbeit und dem kommunalen Träger soll fortgesetzt werden. Eine Änderung des Grundgesetzes ist politisch die einzige kluge und richtige Lösung.

Sachverhalt

Der (Dringlichkeits-)Antrag der SPD-Stadtratsfraktion vom 05.02.2010 wurde in der Sitzung des Beirates für Sozialhilfe, Sozial- und Seniorenangelegenheiten am 05.02.2010 als Nachtrag behandelt. Dabei wurde die Verwaltung -einstimmig- beauftragt, zur Stadtratssitzung am

24.02.2010 eine Resolution mit dem Ziel des Erhalts der gewachsenen Zusammenarbeit der Arbeitsgemeinschaften (ARGEN) durch eine Grundgesetzänderung vorzubereiten.

Das Bundesverfassungsgericht hat mit Urteil vom 20.12.2007 festgestellt, dass die Aufgabenwahrnehmung von Kommunen und Bundesagentur für Arbeit in gemeinsamen Arbeitsgemeinschaften mit der Verfassung unvereinbar ist. Der Grundsatz der eigenverantwortlichen Aufgabenwahrnehmung verpflichtet die zuständigen Verwaltungsträger, die Aufgaben grundsätzlich durch eigene Verwaltungseinrichtungen, also mit eigenem Personal, eigenen Sachmitteln und eigener Organisation wahrzunehmen. Bis zu einer gesetzlichen Neuregelung, längstens bis zum 31.12.2010 bleibt die Norm jedoch anwendbar.

Die von Bundesarbeitsministerin Ursula von der Leyen angepeilte Lösung sieht vor, die Jobcenter und Arbeitsgemeinschaften (ARGEN) im Wege einer freiwilligen Kooperation wieder in zwei Behörden aufzuspalten. Hessens Ministerpräsident Roland Koch und auch Ministerpräsidenten anderer Länder lehnen dies jedoch vehement ab. Man will nicht, dass Langzeitarbeitslose womöglich zwischen verschiedenen Behörden wieder hin- und hergeschickt werden. Das bestehende System soll mit einer Grundgesetzänderung erhalten bleiben. Eine Änderung des Grundgesetzes ist politisch die einzige kluge und richtige Lösung.

Der Stadtrat Fürth begrüßt nachdrücklich die Absicherung der ARGE in ihrer bisherigen Form durch eine Grundgesetzänderung. Eine bewährte Arbeit soll fortgesetzt werden, da auch angesichts der bestehenden Konjunkturkrise eine Trennung der bisherigen gemeinsamen und einheitlichen Verwaltung nicht verantwortbar ist.

Verlässliche Planungs- und Ausgestaltungsstrukturen sollten dabei bis Mitte des Jahres auf den Weg gebracht werden.

Finanzielle Auswirkungen		jährliche Folgekosten	
☒ nein	☐ ja	Gesamtkosten	€
		☐ nein	☐ ja
Veranschlagung im Haushalt			
☐ nein	☐ ja	bei Hst.	Budget-Nr.
		im	☐ Vwhh ☐ Vmhh
wenn nein, Deckungsvorschlag:			
Zustimmung der Käm		Beteiligte Dienststellen:	
liegt vor:		☐ RA	☐ RpA
		☐ weitere:	☐
Beteiligung der Pflegerin/des Pflegers erforderlich:		☐ ja	☐ nein
Falls ja: Pflegerin/Pfleger wurde beteiligt		☐ ja	☐ nein

II. BIPA/SD zur Versendung mit der Tagesordnung

III. Ref. IV/SzA

Fürth, 12.02.2010

Unterschrift des Referenten

Sachbearbeiter/in:
Herr Lippmann

Tel.:
974-1760